



**Sozialdemokratische
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

Generalsekretariat VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern
Per Mail an:
patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch

Bern, 16. August 2021

SP-Stellungnahme zum sicherheitspolitischen Bericht 2021

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Amherd,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen.

Zusammenfassende Evaluation des Berichts:

Die Analyse der Bedrohungslage sowie die sicherheitspolitischen Ziele sind sehr zufriedenstellend (trotz gewisser Mängel), die Umsetzung folgt jedoch nicht der Analyse. Es werden zwar die richtigen Bedrohungen benannt (Cyberraum und Desinformation werden prominent erwähnt), jedoch ist man nicht konsequent genug, um festzustellen, dass eine entschiedene Umsetzung des sicherheitspolitischen Berichts 2021 einen radikalen Umbau der Armee bräuchte.

Es ist klar, dass der Bericht in erster Linie analytischer Natur ist und nicht die Aufgabe hat, eine Umstrukturierung der Armee vorzuschlagen. Deshalb wäre es auch unfair, den Bericht dafür zu kritisieren, dass er in den Reformvorschlägen zu wenig weit geht. Gleichzeitig bietet der Bericht die Grundlage für zukünftige Reformen. Heute schon darf die mangelnde Umsetzung kritisiert werden. Die Kritik richtet sich also weniger an die Verfasser:innen des Berichts und mehr an das VBS als Ganzes. Die untenstehenden Punkte fokussieren sich vor allem auf die zu kritisierenden Aspekte des Berichts bzw. dessen Umsetzung. Trotz den nachfolgenden kritischen Bemerkungen ist der analytische Teil des Berichts unter dem Strich zu begrüßen.

Konfliktbild: *Bedenkt die für die Schweiz geltenden Bedingungen ungenügend und erschwert die differenzierte Bewertung sicherheitspolitischer Instrumente.*

Das mehrfach verwendete Konzept des «hybriden Konflikts» und der «Grauzone» bleibt vage. Insbesondere dienen diese schwammigen Konzepte dazu, praktische jegliche Umsetzung zu rechtfertigen. Wer unter welchen Umständen überhaupt welche Instrumente gegenüber der Schweiz anwenden wollte, macht der Bericht nicht deutlich. Es dominiert die breite, undifferenzierte Palette an Bedrohungen. Damit lässt sich aber die prioritätengerechte Entwicklung der sicherheitspolitischen

Mittel kaum zufriedenstellend konzipieren. Statt Rechtfertigungen für ein grosses Militär zu suchen, sollte mutiger gedacht werden: Ob die Schweiz nicht nur sehr unwahrscheinlich mit dem Einsatz von Fernwaffen oder Sondereinheiten konfrontiert würde; Ob in einem solchen Fall die Eskalationsdominanz ohnehin nicht wahrscheinlich beim Gegner liegen würde, womit die Handlungsfähigkeit insbesondere des Schweizer Militärs stark eingeschränkt wäre; Und mit welchen Instrumenten derartige Konfliktsituationen überhaupt erst effizient und effektiv verhindert werden können. Andererseits sollte der Bericht konkret vorliegende Bedrohungen, etwa im Cyberbereich oder durch die Nutzung neuer Technologien durch nichtstaatliche Akteure, stärker betonen. Es gilt, das Konfliktbild mehr von der Schweiz aus und weniger entlang der auf Grossmächte und andere Regionen zentrierten Fachdiskussionen zu denken.

Sicherheitspolitisches Umfeld: *Einseitige und negative Darstellung: Angebliche Unsicherheiten überall.*

Widersprüchlichkeiten in Kauf nehmend, wird betont, was nach Unsicherheit aussieht. So wird einerseits auf die kaum kurzfristige Konfrontation zwischen Russland und den westlichen Staaten hingewiesen. Statt allerdings zu reflektieren, inwieweit diese auf den Westen kohäsionsstiftend wirkt und welche Folgen das wiederum für die Schweiz hat, betont der Bericht Gegensätze innerhalb der NATO. In Verkennung einer komplexen Beziehung zeichnet er gar die Türkei als Richtung Russland driftend. In Ermangelung wahrscheinlicher Probleme versucht das VBS erneut, unwahrscheinliche Bedrohungspotenziale zu plausibilisieren. Der erpresserische Einsatz von Fernwaffen wird als mögliche Bedrohung erwähnt. Seit 2010 ist es jedoch zu nur einem entsprechenden Fall im Rahmen des Jemen-Kriegs gekommen. Selbst Nordkorea, Pariastaat und Raketenmacht, schreckt aus guten Gründen vor solchen Aktionen zurück. Der Bericht verweist praktisch nur auf Unsicherheiten und kaum auf stabile Strukturen. Laut Bericht wird praktisch alles unsicherer und es kommen neue Gefahren dazu, während die alten Risiken genauso akut bestehen bleiben. Während Cyberangriffe und Desinformationskampagnen heute jedoch eine reale Gefahr darstellen, sind Angriffe mit Panzern oder Kampffjets auf die Schweiz ein Szenario aus dem Kalten Krieg. Es gilt also, sich verstärkt auf die neuen Sicherheitsrisiken einzustellen und gleichzeitig einzugestehen, dass die Angriffsszenarien des 20. Jahrhunderts nicht unverändert weiterbestehen, sondern unwahrscheinlicher wurden.

Armee: *Ausgestaltung der Schweizer Armee weiterhin nicht zu rechtfertigen.*

Im Wesentlichen bleibt unklar, weshalb die Schweiz eine weitaus grössere Armee braucht als die bündnisfreien europäischen Kleinstaaten Irland, Österreich und Serbien, die allesamt kein einfacheres sicherheitspolitisches Umfeld aufweisen. Ebenso unklar bleibt, wie dem kontinuierlich unterstrichenen Erpressungspotential von Fernwaffen – akzeptieren wir die Vorstellung für einen Moment – mit einer Politik begegnet werden kann, die mehr in eine überdimensionierte Kampfflugzeugflotte als in die bodengestützte Luft- und Raketenabwehr investiert.

Zumal sich die Luftwaffe trotz ihrer Flottengrösse ohne moderne (luftgestützte) Unterstützungsplattformen für elektronische Kriegsführung, Aufklärung und Überwachung kaum gegenüber einer modernen Mittel- oder Grossmacht behaupten könnte. Damit bleibt sie im Wesentlichen ein überdimensionierter Luftpolizeidienst. Auch ist sie nicht auf die im Bericht erwähnte Bedrohungslage angepasst (z.B. terroristische Angriffe durch kleine Drohnen). Weiterhin wird die Gefahr eines terrestrischen Angriffs auf die Schweiz als gering eingeschätzt. Und weiterhin lässt sich also mindestens das Ausmass der in den Armeebotschaften 2020 und 2021 vorgelegten Erneuerungen mechanisierter Kräfte nicht begründen. Darüber hinaus lässt sich insbesondere das Festhalten am Panzer 87 Leopard von Jahr zu Jahr weniger rechtfertigen (laut Armeebotschaft 2021 soll dieser noch bis Mitte der Dreissigerjahre genutzt werden). Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Schweiz Duellfähigkeit im Panzerkampf aufrechterhält und Personal für ein Grossgerät ausbildet, dessen Ausserdienststellung absehbar geworden ist. Auch im Hinblick auf die geltende Entwicklungsziele gilt es bei Stilllegungen mutiger vorzugehen.

Schwach ist der Bericht bei der Umsetzung des Ziels 4 (Kapitel 4.2.4): Freie Meinungsbildung und unverfälschte Information. Zur Erreichung dieses Ziels werden zwei Massnahmen erwähnt (S. 33): Die Gremien der sicherheitspolitischen Führung auf Stufe Bund befassen sich regelmässig mit dem Thema und unterbreiten bei Bedarf den Departementen oder dem Bundesrat Massnahmen gegen Beeinflussungsaktivitäten. Zudem wird der Austausch mit den Kantonen diesbezüglich weitergeführt. Diese Massnahmen gehen viel zu wenig weit. Es bräuchte einen Aktionsplan zur Analyse der sozialen Medien und der Suchmaschinen sowie eine Zusammenarbeit mit der EU in diesem Bereich. Die Umsetzung müsste nicht zwingend von VBS vorgenommen werden.

Auch Ziel 7 (Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit bei internationalen Krisen, Kapitel 4.2.7) muss besser umgesetzt werden: Es gibt nicht nur die beiden Enden des Spektrums: Totale Abhängigkeit vom Ausland oder komplette Autarkie. Stattdessen sollte man sich entscheiden, mit wem man zusammenarbeiten will und hier ist die Antwort klar: Lieber mit der EU zusammenarbeiten als von China abhängig sein. Parallel dazu kann die nationale Versorgungssicherheit gestärkt werden, jedoch darf man sich nicht der Illusion hingeben, die Schweiz könne eine komplette Versorgungssicherheit erreichen.

Technologiewandel: *Die Folgen für den neutralen Kleinstaat bleiben unterbelichtet.*

Der Einsatz künstlicher Intelligenz wird im Bericht zu wenig beleuchtet. Nur ein Beispiel: Bei jüngsten Erprobungen (Project Convergence 2020) ist es der amerikanischen Armee gelungen, die Reaktionszeit im Sensor-Wirkungsmittel-Verband (von der Aufklärung des Ziels bis zur Schussabgabe) von zwanzig Minuten auf zwanzig Sekunden zu setzen. Eine derart beschleunigte Kriegsführung dürfte Milizeinheiten vor grosse Herausforderungen stellen. Das avisierte Schweizer Heer voller kleiner, modularer und im Einsatz verteilter Einheiten wird stark von der Vernetzung seiner Mittel abhängig sein. Gerade im Cyberraum sind allerdings

Fortschritte zu erwarten, die Grossmächten im Vergleich zur Schweizer Armee weitere Vorteile verschaffen werden. So begrenzt der Einfluss der Schweiz auch ist: Der Einsatz für Formate jeglicher Art, die einen Beitrag zur Einhegung des Rüstungswettlaufs und der Entwicklung neuer Technologien leisten, sollte im Bericht weitaus stärker zur Geltung kommen. Auf der anderen Seite sollte die Zukunftsfähigkeit der Milizarmee kritisch diskutiert werden – nicht zuletzt im Hinblick auf die Anpassung ihrer Grösse an das von ihr zu erwartende Leistungspotential, d.h. nach unten.

Sicherheitsaussenpolitik: *Eine stärkere Ausrichtung auf die Kooperative Sicherheit ist notwendig.*

Es ist erfreulich, dass sich die Schweiz für eine Stärkung der OSZE einsetzt und sich an deren Missionen beteiligt (S. 30). Dieses Engagement sollte jedoch verstärkt werden. Die Gefahren des 21. Jahrhunderts lassen sich zunehmen nicht mehr allein auf nationaler Ebene bekämpfen: Eine Pandemie ist das aktuellste Beispiel dafür. Die multilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik muss gefördert werden. Die OSZE ist dafür die wichtigste Plattform, da sie – im Gegensatz zur NATO – sich nicht an der Blockbildungs-Logik des Kalten Krieges orientiert, sondern den Dialog zwischen «non-like-minded» Staaten erlaubt. Genau dieser Dialog ist heute wichtiger denn je: Anstatt in die «NATO vs. Russland Logik» zurückzufallen, muss eingesehen werden, dass man den Gefahren des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam entgegentreten kann. Deshalb sollte sich die Schweizer Sicherheitspolitik bedeutend stärker auf das Konzept der Kooperativen Sicherheit¹ ausrichten.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident

¹ <https://www.cooperative-security-initiative.org/de/initiative-fur-kooperative-sicherheit/>



Severin Meier
Politischer Fachsekretär